Stadt Troisdorf
Der Bürgermeister
Az: I/Co-I

Datum: 21.09.2022

Vorlage, DS-Nr. 2022/0910

öffentlich

Beratungsfolge	Sitzung am:	Ja	Nein	Enth.
Rat	29.11.2022			

Betreff: Bürgerantrag gemäß § 24 GO NRW des Bürgerforums Troisdorf vom 08. April 2022
hier: Protokollierung der "Einwohnerfragestunde" vor Ratssitzungen

Beschlussentwurf:

Der Rat der Stadt Troisdorf hält eine Protokollierung der Fragen der Einwohner aus den in der Sachdarstellung genannten Gründen für untunlich. Er lehnt daher den vorliegenden Bürgerantrag aus den in der Sachdarstellung genannten Gründen ab.

Sachdarstellung:

Der Antragsteller hat bereits in vergangenen Ratsperioden inhaltlich weitgehend gleichlautende Bürgeranträge gestellt, die der seinerzeitige Rat der Stadt Troisdorf ablehnte.

Zur Begründung wurde vor allem auf den Charakter der Einwohnerfragestunde im Unterschied zur regulären Ratssitzung hingewiesen. Die auch vor Eintritt in die Ratssitzung stattfindende Einwohnerfragestunde unterscheidet sich davon insofern ganz wesentlich und wird demzufolge konsequenterweise nicht protokolliert. § 52 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW) sieht lediglich eine Protokollierung der im Rat der Stadt Troisdorf und in den Ausschüssen gefassten Beschlüsse vor. Das in Troisdorf darüber hinausgehende Wortprotokoll im Rat der Stadt Troisdorf dient dazu, den Diskussionsverlauf und auch die unterschiedlichen politischen Standpunkte zu den einzelnen Beschlüssen des Rates festzuhalten.

Ebenso werden auch die sonstigen Bürgersprechstunden beim Bürgermeister nicht protokolliert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Die Einwohnerfragestunde bleibt im Kern die Möglichkeit des Bürgers, Fragen an den Bürgermeister zu stellen. Im Grunde genommen sollen die Fragen auch das Handeln des Bürgermeisters bzw. der Verwaltung betreffen. Beziehen sich Fragen

auf Entscheidungen des Rates zu möglicherweise politisch umstrittenen Themen, kann der Bürgermeister letztendlich lediglich auf die jeweilige Entscheidung des Rates verweisen. Der Stadtrat ist lediglich Zuhörer und nicht Adressat der Einwohnerfragestunde.

Auch bedeutet schon eine im öffentlichen Raum vor einer Ratssitzung gestellte Frage für manche Bürger eine gewisse Belastung. Die Verwaltung befürchtet, dass eine zusätzliche Protokollierung manche Einwohner eher abschreckt. Aus Sicht der Verwaltung sollten die Einwohnerfragestunden möglichst niederschwellig zugänglich bleiben und eine eventuell mögliche Zurschaustellung der Wortbeiträge/Fragen der Einwohner im Internet vermieden werden. Allein unter diesen Gesichtspunkten werden aus Sicht der Verwaltung der angemessene Respekt und die Ernsthaftigkeit dem Bürger entgegengebracht, welche der Antragsteller in seiner Begründung moniert. Der Vorwurf wird deshalb entschieden zurückgewiesen.

Aus diesen Gründen empfiehlt die Verwaltung, diesen Bürgerantrag abzulehnen.

Im Auftrag

Heike Linnhoff
Co-Dezernentin